

LANDESTANKSTELLEN ENDLICH AUFSPERREN !



foto flickr cc badischeztg

Kärnten und Burgenland haben ihre Landestankstellen geöffnet, um die Treibstoffpreise ein wenig zu drücken. In der Steiermark wird dies vom Verkehrslandesrat unter fadenscheinigen Ausreden verweigert.

SCHRITTWIESER STREICHT AUCH DIE PENDLERBEIHILFE !

Aufstand gegen teuren Sprit

Seit Monaten stöhnen die Steirerinnen und Steirer unter extrem steigenden Benzin- und Dieselpreisen. Während sich die Mineralölkonzerne und der Finanzminister über fette Zusatzeinnahmen freuen, wissen Pendlerinnen und Pendler nicht mehr, wie sie sich die Fahrt zur Arbeit finanzieren sollen.

Stattdessen werden die Autofahrer von den Konzernen mit einem täglichen Auf und Ab bei den Preisen an den Zapfsäulen gepflanzt. Zusätzlich hat der SPÖ-Soziallandesrat jetzt auch noch die Pendlerbeihilfe gestrichen. Eine Maßnahme könnte im Land umgehend verwirklicht werden: die Öffnung der Landestankstellen. In Kärnten und im Burgenland

betätigen sich diese bereits seit einiger Zeit als Preisbrecher. Ein KPÖ-Antrag zur Öffnung der steirischen Landestankstellen wurde im Landtag 2006 mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ beschlossen, aber nicht verwirklicht: Die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) hat sich damals geweigert, ihn umzusetzen.

Jetzt hat die KPÖ den Antrag neuerlich eingebracht. Schließlich steht mit Gerhard Kurzmann (FPÖ) dem Verkehrsressort ein neuer Landesrat vor. Die Hoffnung wurde enttäuscht: Der KPÖ-Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt. Peinlich die Haltung der SPÖ. Sie hat gegen ihren eigenen, seinerzeitigen Antrag gestimmt. Noch peinlicher die Haltung der FPÖ. Während diese Partei immer die Interessen des „kleinen“ Mannes im Munde führt, ist ihr dort, wo sie selbst

Verantwortung trägt, die Wirtschaftslobby näher als die unter den hohen Spritpreisen stöhnenden Steirerinnen und Steirer.

Viele Menschen sind auf ihr Auto angewiesen. Gerade in ländlichen Regionen wird die Fahrt zur Arbeit, zum Einkaufen oder zum Arzt, ohne eigenen „fahrbaren Untersatz“, mangels öffentlichen Verkehrs immer noch zu einer wahren Odyssee. Die KPÖ ist dagegen, dass die Bankenrettungspakete durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer, wie leider passiert, finanziert werden.

Wir treten für eine Senkung der Mineralölsteuer ein. Schließlich kassiert der Staat ohnehin mehr als 50 Prozent der Spritpreise. Aber auch die Mineralölkonzerne müssen kontrolliert werden. Warum wird nicht zu einer Preiskontrolle zurückgekehrt, wie es sie vor dem EU-Beitritt gab?

Städtebund will Krügel Bier verteuern



Geht es nach dem Chef des steirischen Städtebundes, dem Brucker SPÖ-Bürgermeister Bernd Rosenberger, sollen die maroden Gemeindefinanzen mit einer neuen Massensteuer aufgefüllt werden.

Der Städte-

bund will in allen Gemeinden Resolutionen an die Bundesregierung beschließen lassen, die eine Wiedereinführung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke in der Gastronomie fordert. Geht es nach diesen Vorstellungen, sollen die Mischung und das Krügel Bier in Zukunft 15% teurer werden. Die KPÖ erteilt derartigen Vorstellungen eine klare Absage. In Judenburg und Bruck wurde die Resolution mit den Stimmen der SPÖ bereits beschlossen.

Die KPÖ fordert stattdessen einen anderen Finanzausgleich, um die Gemeinden zu sanieren: KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Während Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und Lohnsteuer bereits zwei Drittel zum Finanzaufkommen der Gemeinden beitragen, tragen die Einnahmen von Steuern auf Gewinn und Vermögen nur einen Bruchteil zum Finanzausgleich bei. Nicht das Krügel Bier darf teurer werden, sondern die Banken und Konzerne müssen einen gerechten Anteil zur Finanzierung des Finanzausgleichs beitragen.“